

**Sozial.  
Demokratisch.  
Engagiert.**

100 Jahre  
Friedrich-Ebert-Stiftung

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – diesen Grundwerten der Sozialen Demokratie ist die Friedrich-Ebert-Stiftung seit ihrer Gründung verpflichtet. Das Buch lädt ein zu einer Reise durch 100 Jahre Stiftungsgeschichte: Es erzählt von den Anfängen der Studienförderung in den 1920er-Jahren und ihrer Bildungsarbeit heute, von ihrer Arbeit beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und, ab 1989, im wiedervereinigten Deutschland. Es gibt Einblicke in das weltweite Engagement der größten deutschen politischen Stiftung, in ihre vielfältige wissenschaftliche und Beratungs-Arbeit sowie in ihr gesellschaftspolitisches Engagement.

**Sozial.**

100 Jahre

**Demokratisch.**

Friedrich-Ebert-Stiftung

**Engagiert.**



# Inhalt

8	Vorwort
<b>12</b>	<b>Panorama: 1925</b> <b>Friedrich Ebert und der Kampf um die Soziale Demokratie in Deutschland</b>
<b>18</b>	<b>Kapitel 1: 1925–1953</b> <b>Sozialdemokratische Bildungsförderung zwischen Demokratie und Diktatur</b>
19	Anfänge als unselbstständige Einrichtung der SPD
21	Unterstützung begabter Arbeiterkinder
23	Förderung für ein Berliner Schulreformprojekt
24	„Traum und Wirklichkeit umarmten mich“
25	„Wanderlehrer“ und „Weltanschauungsschule“
26	Leere Kassen und Auflösung in der NS-Zeit
28	Neuanfang
31	Auf dem Weg zur politischen Stiftung
<b>32</b>	<b>Panorama: 1954</b> <b>Bildung für die Soziale Demokratie in einer geteilten Welt</b>
<b>38</b>	<b>Kapitel 2: 1954–1968</b> <b>Die Erfindung der politischen Stiftung</b>
39	Vereinsgründung
40	Die ersten Jahre der neuen Stiftung
42	Bergneustadt: „Eine Stätte der Bildung und Erziehung“
44	<i>Pilotprojekt der Medienarbeit: Bildungsfernsehen in Ghana</i>
46	Seminare und Begegnungen
48	„Was draus machen“
49	Neue Grundlage für die Studienförderung
51	Das internationale Stipendienprogramm
53	Erste Ansätze der Stiftungsarbeit im Ausland
54	<i>„Unikat in der geschichtswissenschaftlichen Forschungslandschaft“: Das Archiv für Sozialgeschichte</i>
56	Geben und Nehmen: Die Stiftung und das Godesberger Programm
57	Aufbau des Forschungsinstituts

58	Organisierte Politikberatung: Der Gesprächskreis Wissenschaft und Politik
60	„Unter Freunden“: Die Entsendung von Gewerkschaftsberatern
61	„Feste Plätze“ für die internationale Arbeit
64	Zwischen Arbeiterfortbildung und Demokratieschulung
66	<i>Die Welt im analytischen Blick: Von den Vierteljahresberichten zum ipg-journal</i>
68	Von der Projekt- zur Globalfinanzierung
68	Auf dem Weg zum eigenen Haus
70	Karl-Marx-Haus Trier: „Nicht nur ein Museum im üblichen Sinne“
71	Studienförderung in Zeiten des Protests rund um „1968“
73	Kontakte nach Osteuropa
<b>74</b>	<b>Panorama: 1969 Soziale Demokratie und neue Kommunikationsformen in einer komplexen Welt</b>
<b>80</b>	<b>Kapitel 3: 1969–1988 Demokratiebildung in Zeiten der Systemkonkurrenz</b>
81	Aufbruchstimmung
82	Das Eis brechen
84	Ausbau zum „zentralen Archiv zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“
85	Erweiterung der Heimvolkshochschulen
87	Bildungsarbeit vor Ort
88	Stipendien: Netzwerke und „menschliche Begegnungen“
90	<i>Signal der Solidarität</i>
91	Globaler Süden und DDR im Fokus der Forschung
92	Intensivierung der internationalen Arbeit
95	Unterstützung für südeuropäische Demokrat:innen
96	<i>Starthilfe für den Partido Socialista</i>
98	„Raum der Freiheit“ in Chile
100	<i>Forum der Begegnung: Der Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik</i>
102	Aufklärungsarbeit gegen Links- und Rechtsextremismus
103	Ausbau der Studierendenförderung
104	Zwischen Entspannung und Aufrüstung
106	<i>Für Gleichheit, Solidarität und Demokratie: Die Zeitschrift Nueva Sociedad</i>
108	„Integration ausländischer Mitbürger“
109	Ökonomie und Ökologie
110	<i>Empowerment für Frauen</i>

112	Schöne neue Arbeitswelt?
113	Zwischen Krise und Wachstum
115	Bildungsarbeit für Europa
116	Erste Kontakte nach China
118	Osteuropa: Wind of Change
120	<i>Der Literaturpreis „Das politische Buch“</i>
122	Deutsch-deutsche Begegnungen
<b>124</b>	<b>Panorama: 1989/90</b> <b>Die deutsche Einheit</b>
<b>132</b>	<b>Kapitel 4: 1989–2007</b> <b>Politische Bildung in einer globalisierten Welt</b>
133	Ostdeutschland im Mittelpunkt der Stiftungsarbeit
134	Partner auf Zeit: Der Verein für Politische Bildung und Soziale Demokratie
136	<i>Modell für die Arbeit in Ostdeutschland:</i> <i>Das Stiftungsbüro in Leipzig</i>
138	Politische Bildung neu denken
142	<i>Thinktank und Dialogplattform: Der Managerkreis</i>
144	An der Seite der Reformkräfte in Mittel- und Osteuropa
146	Neue Aufgaben für Archiv und Forschungsinstitut
148	<i>Gedächtnis der deutschen Gewerkschaften:</i> <i>Die Übernahme von Archiv und Bibliothek des DGB</i>
150	„Go East“: Die Studienförderung
151	Eine „neue Lage“ für die internationale Arbeit
153	Stiftungen als „wichtiger Teil der politischen Kultur“
154	Südafrika: Verfassungsberatung und Community Radio
156	<i>Für Menschenrechte, Menschenwürde und Frieden:</i> <i>Der Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung</i>
158	Unterstützung für den Friedensprozess im Nahen Osten
160	Förderung von Frieden und Demokratie auf dem Balkan
162	Europäischer Dialog
164	Auf dem Weg in die digitale Informationsgesellschaft
165	„Weichen in die Zukunft“: Die Stiftungszentrale in Berlin
167	Jugendliche im Fokus
168	Studien, Planspiele und Seminare gegen rechts
169	Die Stiftung in Zeiten des „Kriegs gegen den Terror“
170	<i>Seismograf für rechtsextreme Einstellungen: Die Mitte-Studien</i>
172	Irakkrieg und Antworten auf die transatlantische Krise
174	Global denken

<b>176</b>	<b>Panorama: 2008</b> <b>Jahre des rapiden Wandels</b>
<b>188</b>	<b>Kapitel 5: 2008–2019</b> <b>Demokratiebildung zwischen Digitalisierung und Populismus</b>
189	Wirtschafts- und Sozialpolitik im Fokus
191	Modernisierung der Stiftung
192	#FES
193	Ausweitung des Stipendienprogramms
194	<i>Der neue Alltag der politischen Bildung: Digitale Angebote</i>
197	Engagiert für Ehrenamt und Kommunalpolitik
198	„Gender matters“
200	<i>Aus der Katastrophe lernen:</i> <i>Die Akademie der Arbeit in Bangladesch</i>
202	Unterstützung für den Arabischen Frühling
203	Frühes Engagement in Myanmar
204	Sorgen um Europa
207	Wege zur internationalen Sicherheit und Konfliktbewältigung
208	<i>Außen- und sicherheitspolitische Impulse von Friedenssicherung bis Zeitenwende: Die Tiergartenkonferenz</i>
210	Perspektiven für Migrant:innen
212	<i>Der Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik</i>
214	Soziale Demokratie – gestern, heute und morgen
<b>216</b>	<b>Kapitel 6</b> <b>Ausblick: Den Umbruch gestalten</b>
217	In der Polykrise: Engagement für eine gerechte Gesellschaft
218	Zeitenwende für Europa
220	<i>#FairErb: Die Erbschaftssteueruhr</i>
222	Angriffen auf die Demokratie begegnen
224	Die Zukunft der Stiftung
<b>226</b>	<b>Anhang</b>
226	Anmerkungen
234	Quellen- und Literaturverzeichnis
240	Abkürzungen

# Vorwort

*Am 2. März 2025 wird die Friedrich-Ebert-Stiftung einhundert Jahre alt. Nach dem plötzlichen Tod des ersten demokratisch gewählten Staatsoberhauptes Deutschlands Friedrich Ebert am 28. Februar 1925 rief die SPD die Friedrich-Ebert-Stiftung ins Leben. Anstelle von Kränzen zur Trauerfeier und Beerdigung des verstorbenen Reichspräsidenten bat die SPD um Spenden für den beim Parteikassierer verwalteten Fonds, mit dem jungen Menschen aus Familien der Arbeiterschaft das Abitur oder ein Hochschulstudium ermöglicht werden sollte.*

*Dieser frühe Beginn der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde 1933 brutal beendet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Idee einer politischen Stiftung wieder aufgegriffen. Mit der Vereinsgründung 1954 wurde die Friedrich-Ebert-Stiftung eine von der ihr nahestehenden Partei unabhängig arbeitende Institution. Damit ist sie nicht nur die größte, sondern zugleich die älteste der politischen Stiftungen in Deutschland.*

*Die Studienförderung stand am Beginn der Friedrich-Ebert-Stiftung und ist noch heute einer von fünf operativen Bereichen. Mit der Gründung des Vereins Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. 1954 wurde der zweite Schwerpunkt der Stiftung aufgebaut, die politische Bildung zur Stärkung der Sozialen Demokratie. In den Heimvolkshochschulen und Tagungshäusern sowie später den Veranstaltungen unserer Landesbüros haben sich in den vergangenen Jahrzehnten Hunderttausende Menschen fortgebildet und über die Entwicklung der Demokratie diskutiert und konstruktiv gestritten. Mit der Gründung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) 1961 erhielt ein weiteres Standbein der Stiftungsarbeit seine institutionelle Rückendeckung: die internationale Arbeit. Die Friedrich-Ebert-Stiftung konnte nun Büros aufbauen und auch vor Ort Kontakte pflegen. Begann die Arbeit in Afrika und Asien, so ist die Friedrich-Ebert-Stiftung heute auf allen Kontinenten tätig. 1969 wurde schließlich das Bonner Haus der Stiftung eröffnet. Damit erhielten auch die wissenschaftliche Arbeit der Stiftung, das neu gegründete Archiv der sozialen Demokratie und die vielen in der gesellschaftlichen Politikberatung tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine feste Heimstatt. Bis dahin arbeiteten die Beschäftigten auf verschiedene Gebäude verteilt in Bonn.*

*Einhundert Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung sind einhundert Jahre Engagement für eine freie, sozial gerechte und solidarische Welt. Das vorliegende Buch geht ausführlich auf die einhundertjährige Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung ein. Einige bedeutende Anliegen und Ziele seien noch einmal herausgestellt.*



*Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen und der Kampf für und die Verteidigung der Demokratie gehörten zu ihrer DNA. Schon die Umstände der Gründung belegen dies. Reichspräsident Friedrich Ebert war als oberster Repräsentant der Weimarer Demokratie massiven Verleumdungen der extremen Rechten ausgesetzt. Er stellte sich diesen Angriffen und führte zuletzt einen mehrmonatigen Prozess gegen einen Redakteur der Mitteldeutschen Presse, der ihm vorgeworfen hatte, für die Kriegsniederlage Deutschlands im Weltkrieg verantwortlich gewesen zu sein. Um diesen Prozess und die damit verbundene öffentliche Diskussion führen zu können, verschleppte Friedrich Ebert eine Blinddarmentzündung, an der er schließlich verstarb.*

*Auch heute sind politische Repräsentanten und Repräsentantinnen, Abgeordnete und demokratische Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer wieder physischer Gewalt und medialer Hetze durch die extreme Rechte ausgesetzt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung berät vor diesem Hintergrund Menschen, die politische Verantwortung übernehmen, und setzt sich mit ihren Bildungsangeboten für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt ein.*

*Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist Teil der politischen Grundströmung dieser Gesellschaft, die als Ziel die Soziale Demokratie formuliert. Ihre Werte sind Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und der Erhalt des Friedens. Die Verteidigung der Demokratie heißt für die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Demokratie auszubauen und sozial zu gestalten. Ein ungezügelter Kapitalismus zerstört die Gesellschaft und die Demokratie. Zu den wichtigsten Organisationen, die dem Kapitalismus Zügel anlegen, zählen die Gewerkschaften, und von Beginn zählten die Gewerkschaften zu den wichtigsten Partnerinnen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Viele Mitarbeitende der Stiftung – bis hin zu ihrem ersten Geschäftsführer Günter Grunwald – haben einen gewerkschaftlichen Hintergrund. Mit der Eröffnung der Auslandsbüros ab 1961 wurde die Friedrich-Ebert-Stiftung vom Deutschen Gewerkschaftsbund mit der Aufgabe betraut, die Interessen der deutschen Gewerkschaften in den jeweiligen Ländern zu vertreten.*

*Die internationale Solidarität oder, wie es in der Satzung der Friedrich-Ebert-Stiftung heißt, der Gedanke der Völkerverständigung zählt zu den Kernaufgaben. Wie im Inland tritt die Stiftung auch im Ausland durch Beratungs- und Bildungsarbeit für die Entwicklung der Sozialen Demokratie ein. Zu den Höhepunkten dieser vielfach unterhalb der medialen Wahrnehmung laufenden Arbeit zählte die Unterstützung der demokratischen Opposition in den süd-europäischen Diktaturen der 1970er-Jahre. Die spätere Regierungspartei Portugals, der Partido Socialista, wurde in einer Bildungseinrichtung der Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet. Aktuell beschäftigt die Stiftung der Kampf um mehr demokratische Teilhabe unter anderem in Bangladesch und Kenia, wo zum Zeitpunkt dieses Vorworts ermutigende Bewegungen junger Menschen zu sehen sind.*

*Ich habe mit den genannten historischen und aktuellen Herausforderungen drei Arbeitsfelder angesprochen, die aus meiner Sicht für die Friedrich-Ebert-Stiftung von besonderer Bedeutung sind – auch weil sie auf Herausforderungen der Zukunft verweisen. Zur Verwirklichung aller Ziele und Aufgaben der Stiftung tragen alle Arbeitseinheiten bei. Von finanzieller Bedeutung für junge Menschen ist dabei nicht zuletzt die Studienförderung, die es ihnen ermöglicht, frei von großen finanziellen Sorgen einem Studium oder einer Promotion nachzugehen. Zur historischen Tiefenschärfe und zum differenzierten Argument trägt auch das Archiv der sozialen Demokratie bei, das mit seinen archivischen Quellen und seiner Bibliothek das kollektive Gedächtnis der deutschen Arbeiterbewegung bildet und aus der deutschen und internationalen Forschungslandschaft nicht wegzudenken ist.*

*Neben der Verteidigung der Demokratie sollen noch zwei Herausforderungen genannt werden, die für die Friedrich-Ebert-Stiftung im Zentrum stehen und die immer Teil ihrer Geschichte waren. Zum Ersten ist dies der russische Angriffskrieg auf die Ukraine 2022. Dieser erste umfassende Landkrieg in Europa seit 1945 stellt viele entspannungs- und sicherheitspolitische Vorstellungen der vergangenen Jahrzehnte auf die Probe. Mit Veranstaltungen, Publikationen und in direkter Beratung beteiligte sich die Friedrich-Ebert-Stiftung seit der Gründung der Bundesrepublik an sicherheitspolitischen Debatten. Heute stehen wir vor der Frage, wie die historische Ostpolitik Willy Brandts einzuordnen ist, und vor der Frage nach unserem heutigen außenpolitischen Selbstverständnis. Eine Zeitenwende bedeutet nicht zwangsläufig die Aufgabe unserer Prinzipien. Doch zwingt sie uns alle dazu, bisherige Gewissheiten zu hinterfragen, etwa im Umgang mit machtvollen Autokratien.*

*Die zweite Herausforderung besteht in der sozial und klimagerechten Gestaltung der Zukunft. Die Soziale Demokratie verfügt über eine lange Geschichte umweltbewussten Handelns und auch die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte schon früh Bildungsangebote zu Fragen des Umweltschutzes im Programm und stellte Expertise zur Verfügung. Heute ist nun in der sich zuspitzenden Klimakrise schnelles demokratisches Handeln gefordert, das mit einem gesellschaftlich gerechten Interessen- und Lastenausgleich verbunden werden muss. Unsere Demokratie muss unter Beweis stellen, dass sie den Wohlstand in Zeiten von Inflation, abnehmender Wirtschaftskraft und zunehmender Ungleichheit sozial gerecht verteilen kann. Dieser heute bereits historischen Aufgabe nimmt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung an.*

*Ich danke abschließend allen Kolleginnen und Kollegen der Stiftung und allen externen Beteiligten, die am Zustandekommen dieses Buchs beteiligt waren.*



Martin Schulz  
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Bonn, 28. August 2024

1925



## Friedrich Ebert und der Kampf um die Soziale Demokratie in Deutschland

An Friedrich Eberts Leben und politischer Laufbahn werden die Chancen, Möglichkeiten, Grenzen und Gefährdungen der sozialen Demokratie in besonderer Weise sichtbar.

Friedrich Ebert, das erste demokratisch gewählte Staatsoberhaupt der deutschen Geschichte, stammte aus einfachen Verhältnissen. Im Jahr der Reichsgründung 1871 als siebentes von neun Kindern eines Schneidermeisters in Heidelberg geboren,

wuchs er in bescheidenen Verhältnissen auf und erlernte nach dem Besuch der Volksschule den Beruf des Sattlers. 1888 begann Ebert eine dreijährige Wanderschaft als Geselle, die ihn schließlich nach Bremen führte. Ein Jahr später wurde er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, die sich nach dem Auslaufen des „Sozialistengesetzes“ 1890 in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) umbenannte.

In Bremen pachtete Ebert eine Gaststätte, arbeitete aktiv in der örtlichen SPD und wurde 1893 Redakteur der sozialdemokratischen Bremer Bürgerzeitung. Als guter Organisator, solide recherchierender Journalist, geschickter Parlamentarier in Bremen und Berlin sowie als fähiger Redner wurde Ebert überregional so bekannt, dass er 1905 zunächst in den Parteivorstand und 1913 dann als Nachfolger August Bebels gemeinsam mit Hugo Haase zum Vorsitzenden der SPD gewählt wurde.

*Friedrich Ebert auf der  
Treppe des Reichstagsgebäudes  
am Verfassungstag, 11.8.1922*

Während des Ersten Weltkriegs spaltete sich die Sozialdemokratie entlang der Haltung zur Burgfriedenspolitik. Die Mehrheit der Sozialdemokrat:innen stellte die inneren Konflikte im Kaiserreich zurück und beteiligte sich an der – aus ihrer Sicht – Vaterlandsverteidigung. Dies war auch Eberts Position. In der während der Revolution 1918 auftauchenden Frage nach der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse gehörte Ebert zu den Verfechter:innen einer parlamentarischen Demokratie, worin er sich mit der Mehrheit der Arbeiter:innenbewegung einig wusste. Die während des Kriegs intensivierte Kooperation mit den Linksliberalen der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der katholischen Zentrumspartei sollte nach der Revolution fortgesetzt werden. Sie mündete schließlich 1919 in die sogenannte Weimarer Koalition der drei Parteien.

Als Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten – der gemeinsamen Revolutionsregierung mit der USPD – entschloss sich Ebert im November 1918, die Nähe zur alten Generalität zu suchen. Sein Ziel war es, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Angesichts der Notwendigkeit, innerhalb weniger Wochen Millionen von Soldaten nach Deutschland zurückzuführen, blieb der neuen Regierung auch kaum etwas anderes übrig, als mit dem weiterhin monarchistisch gesinnten Offizierskorps zusammenzuarbeiten. Das Militär wurde dann aber auch gegen den kleinen Teil der Arbeiter:innenbewegung eingesetzt, der die Demokratie bekämpfte und mit der jungen Sowjetunion als Vorbild eine Räterepublik anstrebte. Doch das Militär hatte seine eigene Agenda. Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts im Rahmen des Januaraufstands 1919 durch rechtsgerichtete Militärs oder die blutige Niederschlagung der Räterepubliken in Bremen und Bayern im Frühjahr 1919 belasteten das Verhältnis der Arbeiterparteien und auch die Republik. Viele der SPD nahestehende Historiker:innen wie Susanne Miller, Helga Grebing oder Heinrich August Winkler schätzen die enge Zusammenarbeit mit den Militärs rückblickend kritisch ein.

Die im Januar 1919 gewählte Nationalversammlung zog auch aufgrund der Berliner Unruhen nach Weimar und wählte Friedrich Ebert am 11. Februar 1919 zum Reichspräsidenten. Das neue Staatsoberhaupt sollte einer der wichtigsten Verteidiger:innen der Weimarer Demokratie werden. Die Republik wurde von monarchistischen und rechtsmilitaristischen wie von linksextremistischen und kommunistischen Kräften abgelehnt und bekämpft. Hier bedeutete im März 1920 der „Kapp-Lüttwitz-Putsch“ von

„Wir haben die Demokratie zum Siege geführt, wir haben die Republik zum Siege geführt und tragen sie heute. Das ist ein Erfolg, dessen müssen wir uns alle täglich und stündlich bewusst sein.“

*Friedrich Ebert vor  
Kieler Sozialdemokrat:innen  
am 4.9.1922*

Teilen des Militärs unter Führung von Walther von Lüttwitz und Wolfgang Kapp die größte Bedrohung der Republik. Der Versuch der reaktionären Militärs, Berlin zu besetzen und die Reichsregierung zu stürzen, wurde durch einen von der SPD-Führung ausgerufenen reichsweiten Generalstreik, dem sich die freien Gewerkschaften unmittelbar anschlossen, vereitelt. Im Oktober 1923 ließ Friedrich Ebert auf Drängen der Reichsregierung unter Kanzler Gustav Stresemann die sozialdemokratisch-kommunistische Landesregierung in Sachsen absetzen. Für die Reichsregierung und Ebert war die Landesregierung mit KPD-Beteiligung untragbar geworden, da ihre Vertreter:innen zum Kampf gegen die Republik rüsteten. Innerhalb der Sozialdemokratie wurde dieses Vorgehen durchaus kritisiert, weil gegen die zeitgleichen antirepublikanischen Umtriebe rechter Kräfte in Bayern nichts unternommen wurde. Ein Einschreiten hatte Ebert zwar auch hier befürwortet, doch war ihm von der Reichswehrführung die Gefolgschaft verweigert worden. Eingegriffen wurde erst beim Putschversuch Hitlers am 9. November 1923.

Eine andere Belastungsprobe für die Demokratie stellte die zweieinhalbjährige Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen ab Januar 1923 dar. Dieser Versuch, die Rückstände der deutschen Reparationszahlungen durch direkten Zugriff auf die Bergwerke des Ruhrgebiets auszugleichen, wurde von der deutschen Bevölkerung nahezu einhellig abgelehnt. Der Aufruf der Reichsregierung zum „passiven Widerstand“ und zur Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit mit den früheren Kriegsgegnern wurde zunächst weitgehend befolgt. Die Maßnahmen ruinierten allerdings die ohnehin strapazierten Staatsfinanzen und beförderten die Hyperinflation, sodass der „passive Widerstand“ im September 1923 von der Reichsregierung bedingungslos aufgegeben wurde. Dieses in der deutschen Öffentlichkeit als Schwäche wahrgenommene Verhalten trug maßgeblich zur Verschärfung des Krisenjahrs 1923 bei. Erst die Beendigung der Hyperinflation im November 1923 brachte der jungen Demokratie eine verhältnismäßig ruhige Zeit.

So erfolgreich Ebert insgesamt bei der Verteidigung der Republik war, so sehr zog er die Ablehnung ihrer Gegner:innen auf sich, die sich bis zum blanken Hass auf seine Person steigern konnte. Ebert wurde mit diffamierenden Pressekampagnen überzogen und je nach politischer Ausrichtung als „Verräter“ der Revolution oder als „Novemberverbrecher“ verunglimpft.

Als Friedrich Ebert am 28. Februar 1925 an einer Blinddarmentzündung starb, die er wegen des Prozesses gegen einen ihn verleumdenden Journalisten verschleppt hatte, ging der inzwischen relativ stabilen, aber immer noch umkämpften Republik einer ihrer wichtigsten Verteidiger:innen verloren. Sein Nachfolger Paul von Hindenburg lehnte die Demokratie ab und setzte seine Macht als Präsident in entsprechender Weise ein. Auf der Reichsebene erreichte bis 1933 kein SPD-Politiker mehr den Einfluss Eberts. Nicht nur sein demokratisches Politik- und Amtsverständnis, durch das er das historisch neue Amt des Reichspräsidenten mit Leben und Würde füllte, sondern auch Eberts klar auf die Festigung und Verteidigung der demokratischen Republik orientiertes politisches Gespür und Geschick fehlten.

Die deutsche Demokratie festigte sich zwar und entfaltete etwa mit der Einführung einer Arbeitslosenversicherung 1927 durchaus ihren in der Reichsverfassung festgeschriebenen sozialen Charakter. Aber in den Verwaltungen, Schulen und Hochschulen fehlten demokratisch gesinnte Fachleute, sodass von der Reichs- über die Länderebene bis in die Kreise und Gemeinden monarchisch und häufig antirepublikanisch eingestellte Beamte dominieren konnten. Der SPD fiel es trotz gut vernetzter Milieuorganisationen in den Großstädten und Industrieregionen schwer, die Bildung ihrer Funktionär:innen auf die staatlichen Aufgaben auszurichten. Eine parteieigene Schulung der Mitglieder stand erst in den Anfängen, und das Arbeiterbildungswesen kam selten über allgemeine Einblicke in verschiedene Bildungsbereiche hinaus.

Das etablierte und häufig in sich geschlossene Geflecht der Parteiorganisationen und ihres sozialen Umfelds, das eine Begleitung der SPD-Mitglieder „von der Wiege bis zur Bahre“ ermöglichte, blieb von den gesellschaftlichen Erschütterungen der Wirtschaftskrise, aber auch von den rasanten Veränderungen in der Sozialstruktur in den 1920er-Jahren zunächst weitgehend unberührt. In mehrfacher Hinsicht erwies sich das viel gescholtene Milieu sogar langfristig als besonders bedeutsam und stabil. In diesem



Rahmen konnten sich sozialdemokratische Bildungs- und Betreuungsansprüche wirkungsvoll entwickeln. Die Schaffung der Arbeiterwohlfahrt 1919, maßgeblich von Marie Juchacz initiiert, und der in den 1920er-Jahren verstärkte Aufbau von partei- und gewerkschaftsnahen Heimvolkshochschulen stießen gesellschaftliche Entwicklungen an, die über die Zeit des „Dritten Reichs“ hinweg wirkten.

Die SPD-Politikerin Marie Juchacz war auch die erste Frau, die vor dem Plenum der Deutschen Nationalversammlung eine Rede hielt. Das vom Rat der Volksbeauftragten im November 1918 gesetzlich verankerte Frauenwahlrecht war ein wichtiger Erfolg in den bis in die Gegenwart andauernden Auseinandersetzungen um die Gleichberechtigung der Geschlechter. Auch hier bot das Milieuumfeld der SPD wichtige Anknüpfungspunkte, denn viele Vertreterinnen der Frauenbewegung entwickelten ihr Engagement nun stärker in den Parteien selbst oder in deren sozialem Vereinsumfeld.

Der Nationalsozialismus beendete diesen vielfältigen demokratischen und sozialen Aufbruch. Das sozialdemokratische Milieu und seine Solidargemeinschaft wurden durch die Diktatur und den Krieg schwer beschädigt. Die SPD konnte sich zwar unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder reorganisieren und erreichte auch relativ schnell wieder ihren alten Mitgliederstand, aber die alten Milieustrukturen und viele der damit verbundenen Organisationen der sozialistischen Arbeiter:innenbewegung existierten nicht mehr.

# Kapitel 1

## Sozialdemokratische Bildungsförderung zwischen Demokratie und Diktatur 1925 – 1953



## Anfänge als unselbstständige Einrichtung der SPD

Am 2. März 1925 legten Sozialdemokrat:innen den Grundstein für die erste politische Stiftung in Deutschland: die Friedrich-Ebert-Stiftung. Zwei Tage nach dem Tod des Reichspräsidenten rief der Parteivorstand der SPD im Einvernehmen mit der Familie Ebert dazu auf, bei den Trauerfeierlichkeiten „von Kranzspenden und von Entsendung von Deputationen abzusehen“ und stattdessen „die dafür vorgesehenen Beträge“ der „Friedrich-Ebert-Stiftung im Sinne der Lebensarbeit des Entschlafenen“ zukommen zu lassen.<sup>1</sup> Die drei freigewerkschaftlichen Bünde – der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund – baten ebenfalls um Spenden an den Ebert-Fonds. Außerdem riefen sie ihre Mitglieder zu einer viertelstündigen Arbeitsruhe auf – als „Kundgebung der Entschlossenheit, voll Kraft und Ausdauer festzuhalten an den Zielen der Arbeiterbewegung bis zu ihrem endgültigen Sieg“.<sup>2</sup>

Die Errichtung einer Stiftung hatte Friedrich Ebert in einem Gespräch mit den SPD-Politikern Friedrich Bartels, Hermann Müller und Otto Wels wenige Tage vor seinem Tod selbst angeregt. Die SPD setzte sein Vermächtnis wohl vor allem deshalb unverzüglich um, weil der erste, demokratisch gewählte Reichspräsident jahrelang Ziel von Hetzkampagnen antidemokratischer rechter Kräfte gewesen und diesen indirekt zum Opfer gefallen war. Friedrich Ebert hatte wegen eines Beleidigungsprozesses eine Operation hinausgezögert und war an einem dadurch eingetretenen Blinddarmdurchbruch gestorben. Der unerwartete Tod des 54-Jährigen löste in der Bevölkerung tiefe Bestürzung aus: An der zentralen Trauerfeier vor dem Berliner Reichstag nahmen fast eine Million Menschen teil. Die neu gegründete Friedrich-Ebert-Stiftung setzte sich zum Ziel, „auf sein Vorbild dauernd hinzuweisen, die heranwachsende Generation zu Nacheiferung anzuspornen, und besondere Begabungen aus der Jugend des arbeitenden Volkes zu fördern“<sup>3</sup>, so der *Vorwärts*, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie.

Links: Reichspräsident Friedrich Ebert, um 1919



Oben: Aufbahrung des verstorbenen Reichspräsidenten vor dem Potsdamer Bahnhof am 4.3.1925

Rechts: Aufruf des SPD-Parteivorstands zur Gründung der Friedrich-Ebert-Stiftung als Titel der *Vorwärts*-Ausgabe zur Beisetzung des Reichspräsidenten Friedrich Ebert, 2.3.1925



Quelle: Bibliothek der FES

Quelle: Adsd, 6/FOTAO40725; Rechte: Nicht ermittelbar

Die ersten Spenden gingen rasch ein: Bis Mitte März 1925 kamen rund 2.800 Reichsmark zusammen. Hauptspender waren der SPD-Parteivorstand und ein Gewerkschaftsverein aus München. Weil die Stiftung in der Weimarer Republik keine öffentlichen Mittel erhielt, blieben Spenden auch in den folgenden Jahren die Haupteinnahmequelle. Sie stammten vor allem aus sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kreisen sowie vermutlich auch vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, einer parteiübergreifenden Organisation zum Schutz der ersten deutschen Demokratie. Weitere Einnahmen brachte der Verkauf von eigens für diesen Zweck nach einem Entwurf des Bildhauers Robert Bednorz hergestellten Friedrich-Ebert-Gedächtnisbüsten.

Als unselbstständige Einrichtung der SPD verfügte die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihren ersten Jahren über keine:n Geschäftsführer:in und keine eigenen Räumlichkeiten. Verantwortlich für die Stiftung war Parteikassierer Konrad Ludwig. Er verwaltete die Gelder als Sondervermögen der SPD, widmete ihnen in seinen Berichten auf den Parteitagen allerdings kaum mehr als einen Satz. Schließlich spielte die Friedrich-Ebert-Stiftung mit bis Anfang der 1930er-Jahre rund 52.000

aufgewendeten Reichsmark in der SPD eine untergeordnete Rolle. Denn als größte Partei Deutschlands besaß die SPD mehr als 130 Verlage und Druckereien und verfügte über ein Gesamtvermögen von 26 Millionen Reichsmark. Dennoch trieb Konrad Ludwig die Arbeit der kleinen Stiftung nach Kräften voran, vor allem weil die Unterstützung von aus Arbeiter:innenfamilien stammenden jungen Männern und Frauen ganz in seinem Sinn war. Der gelernte Schreiner hatte sich zum Reichstagsabgeordneten hochgearbeitet und 1922 im SPD-Parteivorstand die Verantwortung für die Finanzen übernommen. In der Partei förderte Konrad Ludwig gezielt vielversprechende Nachwuchskräfte als Volontär:innen, darunter zwei junge Männer, die in der Nachkriegszeit die Friedrich-Ebert-Stiftung prägen sollten: Alfred Nau, seit 1928 Volontär bei der SPD und bald schon Konrad Ludwigs „rechte Hand in dem schwierigen und komplizierten Geschäft des ‚Parteikassierers‘“<sup>4</sup>, machte sich Ende des Zweiten Weltkriegs für die Wiedergründung der Stiftung stark und wurde 1970 ihr Vorsitzender. Fritz Heine fing in den 1920er-Jahren ebenfalls als Volontär beim Parteivorstand an und baute dort die Werbeabteilung mit einem Zeitungsausschnittsbüro auf, das unter seiner Leitung rund 400 Druckerzeugnisse auswertete und täglich die wichtigsten Artikel in einer Lesemappe für den Parteivorstand zusammenstellte. Später gehörte Fritz Heine dem Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung an.

*Gruppenaufnahme im Büro der „Kasse“ der SPD mit Fritz Heine, Rudolf Leeb und Paul Neumann, um 1926 (v. l. n. r.)*

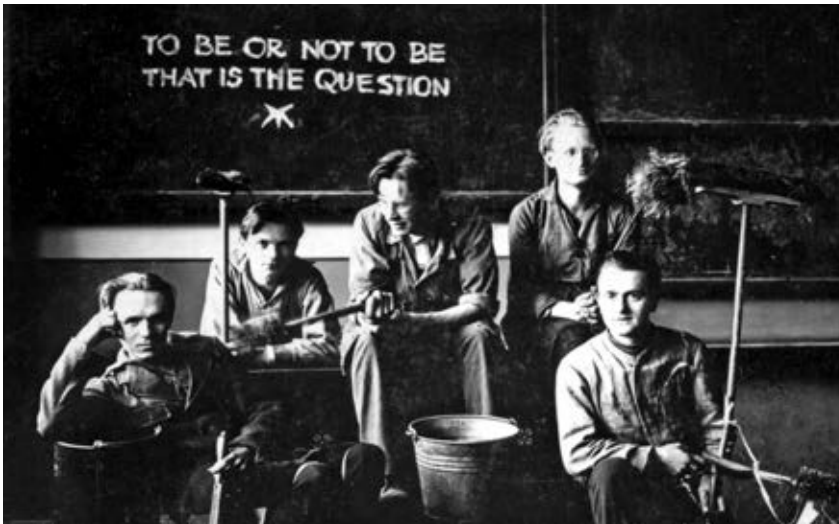


Rechte: AdSD, 6/FOTA080264

*SPD-Kassierer Konrad Ludwig, um 1932*



Rechte: AdSD, 6/FOTA007919



*Schüler des ersten Arbeiter-Abiturienten-Kurses in Berlin-Neukölln (1923–1926), die sich zusätzlich als Reinigungskräfte ihr Geld verdienten. 2. v. l.: Bruno Gleitze*

## Unterstützung begabter Arbeiterkinder

Zweck der Friedrich-Ebert-Stiftung war, so das Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für 1926, „jungen befähigten Proletariern Beihilfen für einen Studiengang an staatlich anerkannten Instituten zu geben“<sup>5</sup>. Die Friedrich-Ebert-Stiftung bestand in den ersten Jahren also ausschließlich aus der Studienförderung und eröffnete jungen Männern und Frauen aus Arbeiter:innenfamilien Möglichkeiten für eine höhere Bildung. Schließlich war ein Studium in den 1920er-Jahren „noch immer ein Vorrecht der Kinder aus wohlhabenden Kreisen“<sup>6</sup>, wie der *Vorwärts* anmerkte. Nur zwei Prozent der deutschen Studierenden stammten aus Arbeiter:innenfamilien. Für die meisten jungen Männer und Frauen aus dem Arbeitermilieu waren die bis zu 15.000 Reichsmark unerschwinglich, die ein Studium im Schnitt kostete. Die wenigen Studierenden aus Arbeiter:innenfamilien „hungern [...] sich durch das Studium durch“<sup>7</sup>, so der *Vorwärts*. Denn vor Gründung der Friedrich-Ebert-Stiftung gab es kaum finanzielle Unterstützung für sie. Die 1921 ins Leben gerufene und zum Teil mit öffentlichen Mitteln finanzierte Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft konzentrierte sich auf Student:innen-speisungen und vergab keine Stipendien. Mit der 1925 gegründeten Studienstiftung des deutschen Volkes entstand zwar erstmals ein Begabtenförderungswerk, doch stammten in den 1920er-Jahren nur zwölf Prozent der Geförderten aus Arbeiter:innenfamilien.

Gleichzeitig wollte die Friedrich-Ebert-Stiftung die junge Demokratie stärken. Denn die SPD war überzeugt: Weil die traditionellen Eliten der Weimarer Republik mit ihrer parlamentarischen Demokratie oft ablehnend gegenüberstanden, brauchte es in Verwaltung und Rechtsprechung dringend mehr engagierte Demokrat:innen. Viele

Arbeiter:innen waren zwar von Rechtsstaat und Demokratie überzeugt, doch war ihnen ohne höhere Bildungsabschlüsse der Weg in Positionen als Lehrer:innen, Richter:innen oder Verwaltungsbeamt:innen verschlossen. Das versuchte die Friedrich-Ebert-Stiftung zumindest ansatzweise zu ändern. Zwischen 1925 und 1931 unterstützte die Stiftung 295 Studierende mit insgesamt 51.960,50 Reichsmark. Im Schnitt erhielten die Geförderten während ihres gesamten Studiums 176 Reichsmark und erreichten damit oft trotz Förderung „nie das Existenzminimum“<sup>8</sup>, so Willi Eimert, einer der ersten Stipendiat:innen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dennoch konnten auch geringe Beträge eine große Wirkung haben. So half die Unterstützung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung Kurt Hirche, einige Monate zu überbrücken, bis er ein Stipendium der Studienstiftung erhielt. Anders als später gab es für die Gewährung der Stipendien zunächst kaum Vorgaben. Einzige Bedingung war eine Empfehlung des Parteivorstands.

Anfangs unterstützte die Friedrich-Ebert-Stiftung vor allem Studierende in Berlin: 1926 besuchte mehr als die Hälfte der 54 Stipendiat:innen Einrichtungen in der Hauptstadt. Im Laufe der Zeit erweiterte die Stiftung den Radius und förderte Studierende an Hochschulen und Lehranstalten in ganz Deutschland sowie einige wenige im Ausland. Welche Studiengänge die ersten Stipendiat:innen der Friedrich-Ebert-Stiftung belegten, geht aus den Quellen nicht hervor. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sich die Geförderten wie die übrigen aus Arbeiter:innenfamilien stammenden Studierenden vor allem für Volkswirtschaft und Jura einschrieben oder Lehrer:innen werden wollten.

SOZIALDEMOKRATISCHE  
PARTEI DEUTSCHLANDS  
DER PARTEIVORSTAND

Postadresskonto: Fr. Bartel, O. Wolf, K. Ludwig, Berlin,  
Lindenstraße 3 i Berlin 7918  
Bankkonto unter dem Namen Konrad Ludwig, O. Wolf,  
Fr. Bartel, Berlin SW, Lindenstraße 3 bei der Bank  
für Arbeiter, Angestellten u Beamten A.-G. Berlin 514,  
Wallstraße 65; desgleichen: Dresdener Bank, Depositen-  
Kasse, G. Berlin, Lindenstraße 7

Berlin SW68, den 7. Juni 1926.  
Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 740-741  
Heu/Sch

Mitteilung

Herrn Kurt H i r c h e , Mannheim, Meerfeldstr. 3  
b. Kächele

Wetter Genosse!

Das Kuratorium der Ebert-Stiftung hat sich mit Ihrem Antrage auf Unterstützung Ihrer Studien an der Handelshochschule in Mannheim beschäftigt und nach eingehender Prüfung beschlossen, Ihnen für diesen Zweck insgesamt 300.- M zu bewilligen. Das Geld können Sie sich in monatlichen Raten à 50.- M ab Juni d.J. von unserer Bezirksleitung in Mannheim, R 3,14 abholen.

Mit Parteigruß  
für das Kuratorium der Ebert-Stiftung

*Paul Mann*

Schreiben des SPD-Parteivorstands,  
in dem mitgeteilt wird, dass das  
Kuratorium der FES eine Unterstützung  
von 300 RM gewährt

Rechte: AdSD, 6/FOTIA061482

Neben Studierenden an regulären Hochschulen förderte die Friedrich-Ebert-Stiftung auch junge Männer und Frauen, die an Reforminstitutionen studierten wie der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, einem Vorläufer des Otto-Suhr-Instituts für Politikwissenschaft. Etwa jede:r zehnte der zwischen 1925 und 1931 durch die Friedrich-Ebert-Stiftung Geförderten war hier eingeschrieben. Die 1920 gegründete Hochschule strebte laut Satzung „die Verbreitung und Vertiefung politischer und staatsbürgerlicher Bildung in allen Schichten der Bevölkerung“<sup>9</sup> an. Daher konnte man dort auch ohne Abitur studieren und fehlende formale Qualifikationen durch andere Leistungen wie mündliche Prüfungen ersetzen. Vorlesungen gab es kaum, stattdessen lernten die Studierenden vor allem in Arbeitsgemeinschaften und Seminaren. Im Laufe der 1920er-Jahre gewann die Hochschule zahlreiche renommierte Dozent:innen, darunter den späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss und den Nationalökonom und sozialdemokratischen Politiker Rudolf Breitscheid.

Auch die Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main hatte sich die „hochschulmäßige Ausbildung“ von „nicht akademisch vorgebildeten Personen aus

den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten“<sup>10</sup> zum Ziel gesetzt. Hier erhielten elf Studierende eine Förderung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung. Die 1921 vom preußischen Unterrichtsministerium und den Spitzenverbänden der Arbeiter:innen, Angestellten und Beamten:innen ins Leben gerufene Akademie war der Universität Frankfurt angegliedert. In den neunmonatigen Kursen stand neben Recht und Wirtschaft auch „Lebenslehre“ mit Veranstaltungen zu historischen und psychologischen Themen auf dem Stundenplan.

In ihren ersten Jahren unterstützte die Friedrich-Ebert-Stiftung auch sechs Schüler:innen an Wohlfahrtschulen. Die von konfessionellen Vereinen oder Kommunen getragenen Institutionen boten jungen Männern und Frauen die Möglichkeit, nach zwei Jahren das Wohlfahrtsexamen in Gesundheitsfürsorge, Jugendwohlfahrt oder wirtschaftlicher Fürsorge abzulegen. 1928 eröffnete die Arbeiterwohlfahrt eine eigene Wohlfahrtsschule in Berlin und förderte dort gezielt Frauen. Im ersten Jahrgang waren fast 90 Prozent der Schüler:innen weiblich. Sie nahmen „rege“ und mit „größte[r] Freude“ am Unterricht teil, so Schulleiterin Hedwig Wachenheim.<sup>11</sup>